

Cuba kompakt

15. April 2009, Ausgabe 55, Jahrgang 5, Herausgeber: Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba e.V., Köln

THEMA

Widersprüchliche Signale aus Washington

Im Westen nichts Neues?

Das Gesetzespaket, das vom US-Kongress im März verabschiedet wurde, enthält eine Erleichterung der Reisebestimmungen nach Cuba. Doch, wie die cubanische Zeitung Granma feststellte, bedeuten diese Maßnahmen in der Praxis keine Veränderung des wirtschaftlichen Belagerungszustands gegenüber der Insel. Man gab aber zu erkennen, dass man jede minimale Bewegung in Washington genau registriert.

Diese Maßnahmen geben den in den USA lebenden Cubanern immer noch nicht das Recht, frei nach Cuba zu reisen, wann immer sie das wollen und noch weniger beinhalten sie das Recht für US-Amerikaner die Insel zu besuchen.

Die Beschlüsse des US-Kongresses liegen noch unter dem, was Obama im Wahlkampf versprochen hatte: die völlige Aufhebung der Reisebeschränkungen für in den USA lebende Cubaner und die Aufhebung der Beschränkung bei den Überweisungen dieser Gruppe nach Cuba. Vor einiger Zeit hatte Granma bereits den Rücktritt von Caleb McCarry zur Kenntnis genommen, der in den letzten Jahren der Bush-Regierung den Posten eines US-Protokonsuls für den sogenannten „Übergang“ in Cuba innehatte. Allerdings ist nicht bekannt, ob Obama jemand anderen für diesen Posten vorgesehen hat oder ob er gänzlich abgeschafft wurde.

Schon öfter gab es diese Gesetzesinitiativen, aber früher scheiterten sie immer, entweder im Kongress, oder manchmal auch auf Druck von oben, um zu verhindern, dass der Präsident sein Veto einlegen musste. Dieses Mal wurden die Änderungen auf Initiative des Demokratischen Abgeordneten Serrano in den Haushaltsentwurf integriert. Damit wurde verhindert, dass die rechten Miami-Cubaner die Änderungen blockieren konnten, ohne den ganzen Haushaltsentwurf zu kippen. Ein Trick übrigens, den sie früher gerne selbst angewandt haben, um Anti-Cuba-Gesetzesvorlagen durchzubringen.

Was hat sich nun wirklich geändert?

Am 11. März unterschrieb der US-Präsident besagtes Gesetz. Darin steht, dass die Mittel, die bis jetzt zur Überprüfung der Restriktionen bereitgestellt wurden, gestrichen worden sind. Seit Juni 2004 durften die in den USA lebenden Cubaner nur einmal alle drei Jahre ihre direkten Familienangehörigen besuchen und dabei auch nur 50 Dollar täglich ausgeben.

Inzwischen hat das Finanzministerium eine neue Anweisung herausgegeben. Darin wird die Anzahl der Reisen auf einen Besuch pro Jahr erweitert, Onkel und Tante gehören wieder zur Familie und es dürfen wie früher wieder 179 Dollar pro Tag ausgegeben werden.

Im neuen Gesetz ist auch vorgesehen, dass US-Unternehmer nach Cuba reisen können, um dort über den Verkauf von Nahrungsmitteln und Medizin zu verhandeln, ohne jedes Mal eine Genehmigung einholen zu müssen. Allerdings machte Finanzminister Timothy Geithner klar, dass die Unternehmer vorher ihre Reise und deren Zweck ankündigen und anschließend die Ergebnisse erläutern müssen.

Widersprüchliches aus dem Finanzministerium

Zwar werden die Fonds abgeschafft, die dazu dienen sollten, zu überprüfen, ob die nach Cuba gelieferten Nahrungsmittel von Cuba auch bereits vor Erhalt bezahlt wurden. Das Gesetz bleibt aber weiterhin bestehen. Wie zuvor muss Cuba die Ware bezahlen, bevor sie den US-Hafen verlässt – nur jetzt steht kein Geld mehr zur Verfügung, um zu überprüfen, ob Cuba dies auch gemacht hat.

Die Blockade geht weiter – US-Vizepräsident Joseph Biden sagt „Nein“ zur Aufhebung der Blockade

Beim Gipfel der sogenannten „Progressiven Führer“ in Chile erzählte der US-

Vizepräsident dasselbe, was US-Vizepräsidenten schon seit mehr als 45 Jahren erzählen.

Das Wirtschaftsembargo gegen Cuba (so nennen sie die Blockade) wird nicht aufgehoben, weil „wir einen Übergang erwarten“. Der Zyniker fügte noch hinzu, dass die Cubaner „fähig sein müssen in Freiheit zu leben und die Möglichkeit auf wirtschaftlichen Wohlstand zu haben“. Genau den wirtschaftlichen Wohlstand, den inzwischen neun US-Regierungen mit allen Mitteln zu verhindern versuchen.

Lugar Initiative, Gesetzesvorlage und Besuch in Cuba. Und man bewegt sich doch – vielleicht?

Senatoren beider Parteien präsentierten nun eine Gesetzesvorlage, die es US-Amerikanern erlauben soll, frei die Insel zu besuchen. Damit haben sie den Widerstand von anderen Abgeordneten auf den Plan gerufen, die schon versprochen haben, alles zu tun, um zu verhindern, dass diese Vorlage Gesetz werde.

So steht den Gesetzesvorlagen auch noch ein weiter Weg bevor. Sie müssen noch in den Ausschüssen begutachtet werden, bevor sie ins Plenum gelangen. Dieser Vorgang kann Monate dauern. Der Chef der Republikaner im Außenpolitischen Ausschuss des Senats, Richard Lugar, hat am 30. März Präsident Obama einige Vorschläge hinsichtlich Cuba unterbreitet. Darin schlägt er weitere Maßnahmen vor, um eine Politik zu verändern, die in diverser Hinsicht gescheitert sei. Er ruft Obama auf, sich nicht weiter einem Wiedereintritt Cubas in die Organisation Amerikanischer Staaten entgegenzustellen und schlägt unter anderem einen Sonderbeauftragten für Cuba vor, der direkte Verhandlungen mit der cubanischen Regierung aufnehmen solle.

Inzwischen sind sieben afro-amerikanische Kongressabgeordnete in Cuba eingetroffen und vom cubanischen Außenminister Bruno Rodriguez Parrilla empfangen worden. Die US-Delegation wird von Barbara Lee angeführt. Zuvor waren die Abgeordneten bereits mit dem Präsidenten des cubanischen Parlaments Ricardo Alarcón zusammengetroffen. Bei diesem Treffen war auch der Interessenvertreter Cubas in Washington, Jorge Bolanos anwesend. Die Delegation, die sich fünf Tage auf der Insel aufhält, besucht auch wissenschaftliche Zentren in Cuba. Barbara Lee sieht mit der Regierung eine Chance für eine offene und ehrliche Diskussion hin zu einem neuen Weg nach vorne für beide Nationen. US-Präsident Obama wird Mitte April an dem Amerika-Gipfel in Trinidad und Tobago teilnehmen – Cuba ist nicht geladen.

R. F., La Jornada, visiones alternativas, granma

AUSSENPOLITIK

Cubano-Amerikaner wird US-Botschafter in Mexiko Befremden in der mexikanischen Regierung

Der Cubano-Amerikaner Carlos Pascual, Experte in der Abwicklung sogenannter „failed states“ (gescheiterter Staaten), ist zum neuen Botschafter der USA in Mexiko ernannt worden.

In Mexiko hofft man jetzt, dass der Botschafter nicht die Botschaft ist. Man hat außerdem Befürchtungen, dass die wieder guten Beziehungen zu Cuba gestört werden sollen. Für die mexikanische Senatorin Polevnsky ist es eine kontroverse Entscheidung, einen Diplomaten cubanischen Ursprungs zu entsenden. „Es gab schon andere Diplomaten, die auf der Insel geboren wurden und die Konflikte in anderen Ländern geschürt haben“, sagte die Senatorin. „Hoffentlich kommt er nicht mit der Vorstellung, die mexikanische Regierung hinsichtlich ihrer Beziehungen zu Cuba beeinflussen zu wollen.“

R. F., La Jornada

INNENPOLITIK

Zwei Jahre Reflexionen Fidel Castros

Zwei Jahre gibt Fidel Castro jetzt seine „Reflexionen“ heraus. Die Artikel werden in der nationalen Presse veröffentlicht und im Fernsehen, manchmal auch nur in einer Zusammenfassung verlesen. Inzwischen gibt es in der cubanischen Nachrichtensendung ein eigenes Intro, um die „Reflexiones del compañero Fidel“ anzukündigen. Dank Internet finden sie aber weltweit Verbreitung. In seinem ersten Artikel am 28. März 2007 wandte sich Fidel Castro gegen die Umwandlung von Nahrungsmitteln in Treibstoff, die 3 Milliarden Menschen dem Hungertod preisgeben würde. Bis Februar 2008 veröffentlichte er 69 Artikel unter der Überschrift „Reflexiones del Comandante en Jefe“. Als er im Februar 2008 nicht mehr zur Wiederwahl als Präsident antrat, wurde aus dem „Comandante“ der „Compañero Fidel“, der inzwischen, wenn diese Ausgabe herauskommt, sicher 110 neue Reflexionen veröffentlicht haben wird.

R. F., granma



Es scheint, dass es Ihnen Spaß macht, die Menschenrechte zu verletzen!

Ja, wissen Sie, ich habe einen militärisch-industriellen Komplex zu unterhalten.